

# Editorial

## Der lange Weg zur Erholung

Die Weltwirtschaft scheint die Talsohle durchschritten zu haben, der Weg hin zu einem kräftigen und nachhaltigen Wachstum ist jedoch noch lang. Das globale BIP-Wachstum hat sich im Jahresverlauf 2022 erheblich verlangsamt, einige der dafür ausschlaggebenden Faktoren schwächen sich nun jedoch ab: Die Energiepreise und die Gesamtinflation sinken, die Lieferengpässe lassen nach und die chinesische Wirtschaft wurde wieder geöffnet. Hinzu kommen starke Beschäftigungsergebnisse und eine relativ solide Finanzlage der privaten Haushalte. Der Weg für eine Konjunkturerholung scheint somit geebnet. Im Vergleich zur Vergangenheit wird sie jedoch schwach ausfallen. Für 2023 rechnen wir mit einem globalen Wachstum von 2,7 %, das sich 2024 leicht auf 2,9 % beleben dürfte. Damit wird es immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der zehn Jahre vor der Coronapandemie liegen.

Die politisch Verantwortlichen müssen entschlossen handeln, um durch wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen ein kräftigeres und nachhaltigeres Wachstum herbeizuführen. Das wird schwierig werden: Die Kerninflation ist weiterhin zu fest verankert, die Verschuldung ist zu hoch und das Produktionspotenzial zu niedrig.

Die Geldpolitik befindet sich in schwerem Fahrwasser. Zwar geht die Gesamtinflation dank gesunkener Energiepreise zurück, die Kerninflation hält sich jedoch – hartnäckiger als erwartet – auf hohem Niveau. Die Zentralbanken müssen an ihrem restriktiven Kurs festhalten, bis es klare Anzeichen dafür gibt, dass der Inflationsdruck nachlässt. In einigen Volkswirtschaften könnten weitere Zinserhöhungen nötig werden, um die hartnäckig hohe Kerninflation zu senken. Hierbei gilt es allerdings, sehr wachsam zu sein, denn es ist noch unsicher, welche Auswirkungen die rasche und weltweit weitgehend synchron verlaufende geldpolitische Straffung nach der sehr langen Niedrigzinsphase genau haben wird. Einige Vulnerabilitäten auf den Finanzmärkten sind bereits zutage getreten. Im Fall weiterer Finanzmarktspannungen sollten die Zentralbanken geeignete Instrumente einsetzen, um die Liquidität zu verbessern und die Ansteckungsrisiken möglichst gering zu halten. Eine klare Kommunikation ist dabei entscheidend, um Verwirrung über mögliche Konflikte zwischen den Zielen der Preis- und der Finanzstabilität zu vermeiden.

Was in der Fiskalpolitik zu tun ist, dürfte klarer sein, ist jedoch nicht minder schwer umzusetzen, da politische Entscheidungen mit direkten Verteilungseffekten grundsätzlich heikel sind. Angesichts der Schocks, die von der Coronapandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine ausgingen, spielte die Fiskalpolitik eine wichtige Rolle bei der Stützung der Weltwirtschaft. Dies führte jedoch dazu, dass die meisten Länder nun mit höheren Haushaltsdefiziten und einer gestiegenen öffentlichen Verschuldung zu kämpfen haben. Die Schuldendienstlast steigt und die Bevölkerungsalterung und die Klimawende sorgen für wachsenden Ausgabendruck.

Wenn die Konjunkturerholung fester Tritt fasst, sollten die fiskalischen Stützungsmaßnahmen zurückgefahren und gezielter ausgerichtet werden. Die Energiepreisentlastungen sollten bei sinkenden Energie-

preisen zurückgenommen werden. Bedürftige Haushalte, die nicht ausreichend über die bestehenden Systeme der sozialen Sicherung abgesichert sind, werden weiter Unterstützung benötigen, da die immer noch hohen Nahrungsmittel- und Energiepreise für sozial Schwache eine besondere Belastung darstellen. Die begrenzten Mittel sollten gezielt nur jenen zugutekommen, die wirklich Hilfe benötigen, und in vorrangige produktivitätssteigernde Investitionen fließen, etwa solche zugunsten der ökologischen Transformation und zur Erhöhung des Arbeitsangebots und der Kompetenzen. Wenn die fiskalischen Stützungsmaßnahmen schrittweise zurückgefahren werden, verringert dies den Druck, der auf der Geldpolitik lastet, und hilft dabei, Puffer gegen künftige Krisen aufzubauen und die längerfristigen Herausforderungen anzugehen.

Für aufstrebende Volkswirtschaften bringt das weltweit angespannte finanzielle Umfeld besondere Herausforderungen mit sich: höhere Schuldendienstkosten, Kapitalabflüsse und ein verringertes Kreditangebot aus dem Ausland. Wachsende geopolitische Spannungen und die Sorge um die Sicherheit der Lieferketten haben zudem mehrere Länder dazu veranlasst, Handels- und Investitionsbeschränkungen einzuführen. Eine zunehmend restriktive Handelspolitik droht die Gewinne aus dem Welthandel zu schmälern und die Entwicklungsaussichten der Länder der unteren Einkommensgruppe zu verschlechtern.

Letztlich ist es nur mit ambitionierten strukturpolitischen Reformen möglich, das Wirtschaftswachstum auf lange Sicht nachhaltig anzuheben und die Lebensqualität der Menschen weltweit zu erhöhen. Dabei geht es im Wesentlichen darum, den Arbeits- und Produktmärkten neue Dynamik zu verleihen, Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel abzubauen, den Wettbewerb zu fördern und die Wettbewerbspolitik an die Anforderungen der Digitalisierung anzupassen sowie die Kompetenzentwicklung zu verbessern.

Es bedarf privater und öffentlicher Investitionen in Humankapital sowie in materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter, um den Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten bestmöglich zu nutzen, und um die ständig wachsenden Möglichkeiten auszuschöpfen, die der technologische Fortschritt bietet. Investitionen in Bildung und Kompetenzen sind entscheidend, damit sich die Menschen in der Wirtschaft von morgen erfolgreich behaupten können und um die Vorteile einer höheren Produktivität zu nutzen.

Die politisch Verantwortlichen müssen die Folgen einer Reihe negativer Schocks für die Weltwirtschaft aus dem Weg räumen. Dabei stehen sie vor komplexen Herausforderungen. Sie müssen die Geld- und Fiskalpolitik neu justieren, um die Inflation einzudämmen und wieder Haushaltspuffer aufzubauen, ohne das Wachstum zu sehr zu beeinträchtigen. Um dauerhaft höhere Wachstumsraten zu sichern, sind mutige und vorausschauende strukturpolitische Reformen nötig, die es uns ermöglichen, die Chancen des raschen technologischen Fortschritts, des demografischen Wandels und der Klimawende zu nutzen.

7. Juni 2023



Clare Lombardelli  
OECD-Chefvolkswirtin